

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.
Vertrieb: Sammelnummer 25 241
Für die Nachgelieferter: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei halbjähriger Lieferung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 14,- M., vierteljährlich 42,- M., halbjährlich 77,- M., jährlich 140,- M. (Postgebühren eingeschlossen).
Anzeigen-Preise. Die erste Spalte 37 mm breite je Zeile 4,- M. für 10 Zeilen. Mehrere Spalten unter 10 Zeilen 2,- M. pro Spalte. Mehrere Spalten über 10 Zeilen 1,- M. pro Spalte. Tagesblätter 25,- M. pro Spalte. Tagesblätter 25,- M. pro Spalte. Tagesblätter 25,- M. pro Spalte.

Schriftleitung und Verlagsanstalt:
Marianenstr. 33/34.
Druck u. Verlag von E. P. & K. Schmidt in Dresden.
Verlags-Konto 1068 Dresden.

Poincaré über den Gleiwitzer Zwischenfall.

Das Märchen von riesigen deutschen Geheimorganisationen.

Einstimmiges Vertrauensvotum für Poincaré.

Paris, 17. Febr. In der heutigen Kammer Sitzung fand an erster Stelle die Interpellation des Abg. Bouteille über die Zwischenfälle von Petersdorf und Gleiwitz auf der Tagesordnung. Der Interpellant behauptete, daß die französische Regierung nicht rascher vorgegangen sei. Durch die Tatsache, daß die Sanktionen nicht dem Moment auf dem Höhe folgten, habe sich die öffentliche Meinung enttäuscht gefühlt. Deutschland habe weder moralisch noch materiell abgerückt. Das bestätigten die Berichte Kollets jeden Tages. Die deutschen Arbeiter, so habe Kollet festgestellt, laborierten die Aufgabe der Kontrollkommission. Die Opfer des Attentats von Petersdorf seien als die Opfer des deutschen Militarismus und auch als ein Opfer der Schwäche der vorausgegangenen französischen Regierung gefallen.

Ministerpräsident Poincaré

beantwortete die Interpellation und erklärte: Das, was in Petersdorf vorgefallen sei, sei nur eine der Episoden der zahlreichen Attentate, die gegen die französischen Truppen in Oberschlesien gerichtet seien. Die Organe hätten aufgestellt und ihre Waffen an die Interalliierte Kommission abgeliefert werden müssen. Aber deutsche Banden, die bewußt aus Deutschland gekommen seien, hätten sich allmählich von neuem gebildet. Die Entscheidung des Völkerbundes werde eine Verwirklichung der Tätigkeit dieser Banden veranlassen. Der Ministerpräsident verliest eine lange Liste von Attentaten, die gegen die französischen Truppen in Oberschlesien begangen worden seien. Er sprach auch von zahlreichen Waffendepots, die man entdeckt habe, und die den Beweis lieferten, wie gefährdet der Frieden in Oberschlesien sei. Die deutschen Banden besetzten Montagne, so habe man auch die Wälder des Kommandanten Montagne aus dem Glatzgebiet herangezogen. Der Ministerpräsident schilderte sodann die Vorgänge in Petersdorf im einzelnen und erklärte, er habe von General Kollet verlangt, daß die Kommission die erforderlichen Feststellungen mache. Die Vorkonferenz müsse sich mit der Angelegenheit bald befassen. Er habe auch Vorkonferenzen durch den französischen Botschafter beim Reichskanzler erhoben. Wenn bewiesen werde, daß der Angriff in Petersdorf unter Mitwirkung von Elementen, die aus Deutschland gekommen seien, geschah oder sogar mit Waffen, die aus Deutschland gekommen seien, dann sei die Verantwortlichkeit der deutschen Regierung gegeben.

Judenmilitärische und Sanktionen würden von der französischen Regierung gefordert werden.

Der Minister gibt Kenntnis von dem Ergebnis der Verhandlungen und Verhandlungen, die in Petersdorf und Umgebung unternommen worden seien. Er zweifle nicht daran, daß die Vorkonferenz, wenn die notwendigen aus dem Deutschen Reich herbeigeholt würden, strenge Sanktionen erlassen werde. Die französische Regierung habe beschlossen, energische und strenge Maßnahmen zu verlangen.

Man müsse in Betracht ziehen, daß Petersdorf und Gleiwitz in den Gebieten geschähen, die an Deutschland zurückzuführen, die aber amnestisch noch ausschließlich unter der Autorität der Interalliierten Kommission stehen.

Die deutsche Regierung habe eine Untersuchung versprochen, deren Ergebnis, wie zu erwarten war, negativ ausfallen sei. Aber die Interalliierte Kommission lege ihre eigenen Untersuchungen vor.

Was, was er im Augenblick der Kammer mitteilen könne, sei, daß General Verdon nicht vernachlässigen werde, damit der Vorkonferenz rasche Schritte. Er habe den Eindruck, daß der Angriff in Petersdorf von Elementen einer mächtigen deutschen Organisation geleitet worden sei, die aber nur fortbestehen könne unter Mithilfe von deutschen Beamten und Industriellen (!)

Zum Schluß erklärte Poincaré, die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen seien so weit fortgeschritten, daß in aller nächster Zeit die Interalliierte Kommission den beiden und sonstigen Gebieten mitteilen werde, daß sie Besitz von den Gebieten erhalten können, die ihnen zugesprochen worden seien. Obwohl die deutsche wie die polnische Regierung mühen die Rechte der anderen Seite anerkenne. Gerade deshalb habe die Regierungskommission in Oberschlesien beizulegen, alle verbotenen Waffen zu erfassen.

Eine von dem Abg. Dignac eingebrachte Vertrauensvotum wurde hierauf von allen anwesenden 508 Abgeordneten angenommen.

Die Kammer setzte danach die Diskussion über das Sonderverbot der Ausfuhr für den Wiederaufbau fort, deren Rückertatung Deutschland aufhabe. — Abg. Desjardins befragte die wirtschaftliche Lage Deutschlands, die er mit der Lage der befreiten Gebiete vergleicht. Die deutschen Fabriken arbeiteten, die deutsche Handelsmarine sei fast so bedeutend, wie vor dem Kriege. Der Verkehr in den Häfen, namentlich in Danzaburg, wachse rasch. Der Abgeordnete befragte sodann die Frage der Sachlieferungen und verlangt Auskunft über das Wiederaufbau.

das Wiederaufbau.

Finanzminister De Lasteyrie erklärt, das Abkommen sei noch nicht von allen alliierten Regierungen unterzeichnet worden. Es könne der Kammer nur zugehen, wenn ein endgültiges Einverständnis erzielt sei. — Abg. Desjardins sagt, das Wiederaufbau Abkommen bilde eine Täuschung. Würde es angewandt, so würden die befreiten Gebiete von der deutschen Industrie abhängig. Der Abgeordnete befragt im weiteren Verlauf die manövalle Rückertatung der aus den befreiten Gebieten wegzuführenden Gegenstände. Ministerpräsident Poincaré sagt eine energische Beibehaltung der Rückertatung zu.

Abg. Landen befragt sodann die wirtschaftliche Lage Deutschlands, insbesondere aber das deutsche Budget, dessen Defizit sich täglich erhöhe, ohne daß etwas Wirkungsvolles zu seiner Verringerung getan werde.

Die Zwangsanleihe, die geplant ist, werde ein nutzbringendes Ergebnis haben. Die Steuerreform sei ungenügend, man fordere die Inflation. Wenn Deutschland die gleichen Fortschritte gemacht hätte wie Frankreich, wäre die Reparationsfrage längst gelöst. Er glaube, man könne schon aus dem jetzigen deutschen Budget 15 Milliarden Franken verfügbar machen, wenn man nur wolle. Der Wiederaufbau der vertriebenen Gebiete bestehe nicht im Weggelassen aus dem wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt.

Deutschlands Vorbereitungen für Genua.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 17. Febr. Innerhalb der Reichsregierung ist die Tagesordnung der Genueser Konferenz Gegenstand eingehender Beratungen. Die Reichsregierung hat sich mit den Spitzenorganisationen der großen deutschen Wirtschaftsverbände zur Prüfung der wichtigsten finanziellen, wirtschaftlichen und Verkehrsfragen, die in Genua zur Entscheidung kommen sollen, in Verbindung gesetzt. Die Verhandlungen darüber dauern noch fort. Die Zusammenfassung der deutschen Delegation nach Genua steht noch nicht fest.

Better wird gemeldet, das Programm für Genua habe sich viel umfangreicher erwiesen, als zuerst angenommen wurde, so daß sich die Beratungen auf einen größeren Fragenkomplex erstrecken müssen. Einige der wichtigsten Themen sind die Finanzfragen, die Regelung des Goldumlaufes, die Frage der Zentral- und Emissionsbanken, der Wiederaufbau, die Zollfrage, die Organisation des Kredit, allgemeine Wirtschaft- und Handelsfragen, Verkehrsfragen und Sicherungen für Ein- und Ausfuhr, Schutz des industriellen, literarischen und künstlerischen Eigentums, Regelung des Konsumverwehens, technische Hilfe beim industriellen Wiederaufbau, sowie endlich das weite Gebiet des Transportwesens.

Einberufung des auswärtigen Ausschusses.

Berlin, 17. Febr. Der „Deutschen Allg. Anz.“ zufolge ist der Reichsausschuss für auswärtige Angelegenheiten von seinem Vorsitzenden Dr. Stresemann für Dienstag den 21. Februar einberufen worden.

Die Kleine Entente und die Vorkonferenz.

Paris, 17. Febr. Das veröffentlichte folgende halbamtliche Erklärung: Die diplomatischen Kreise in Paris setzen über die Londoner Nachricht, die britische Regierung habe auf den französischen Vorschlag, die Vertreter der Kleinen Entente zur Beteiligung an den Vorbereitungen für Genua einzuladen, eine abweichende Antwort erteilt, einige Überlegungen. Bis jetzt ist keine Note des Foreign Office in Paris angekommen. Es ist richtig, daß die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien fortgesetzt werden ohne daß es, wie es scheint, zu einer endgültigen Festlegung der Absichten des englischen Kabinetts über die näheren Umstände, unter denen die Zusammenkunft ge-

folgen solle, gekommen ist. Obenonien ist eine Einigung der Sachverständigen über die Garantien erfolgt, die der Ministerpräsident Poincaré in seinem Memorandum vom 8. Februar über die Genueser Konferenz selbst verhandelt hat. (25. F. 1.)

Die abtönende englische Haltung in Bezug auf die Zulassung der Kleinen Entente scheint jedoch festzustehen, wie sich aus folgender Meldung ergibt:

Paris, 17. Febr. Nach den Berichten der hiesigen Presse scheint England die Teilnahme von Vertretern der Kleinen Entente an den Londoner Vorbereitungen abzuweisen. Das Programm für die Konferenz müsse von den Mächten ausgeht werden, die die Einigung verhandelt hätten. Falls andere Mächte nach den Wünschen Frankreichs herangezogen werden sollten, so würde das eine Verletzung für die nicht an den Sachverständigenberatungen zugezogenen Nationen bedeuten.

Dr. Bennech's Absichten.

Prag, 17. Febr. (Via. Meld.) Nach der „Moravni List“ wird Dr. Bennech die englische Regierung auffordern, daß die Tschecho-Slowakei in das englisch-französische Bündnis betr. die Friedensgarantien gegenüber Deutschland aufgenommen wird. Außerdem wird er fordern, daß Frankreich und England allen den Staaten, die aus dem Verfall der österreichisch-ungarischen Monarchie erlitten haben, für die Erhaltung der jetzigen Grenzgarantien sorgen für den Fall, daß sie von Deutschland angegriffen werden sollten.

London, 17. Febr. Der Ministerpräsident der Tschecho-Slowakei, Dr. Bennech, hatte gestern eine einstündige Unterredung mit Lord George. Dabei wurden, wie verlautet, hauptsächlich die Ziele der Genueser Konferenz und der Wiederaufbau Europas behandelt.

London, 17. Febr. In einer Unterredung mit Pressevertretern erklärte Bennech, die beiden Hauptfragen bei der Konferenz von Genua seien das deutsche und das russische Problem, und zwar letzteres noch bedeutend mehr als das letztere. Wie auch immer die Lösung sein werde, Deutschland müsse als vollberechtigter Partner betrachtet werden, um den Frieden aufrecht zu erhalten und die Wohlfahrt Europas zu zurückzuführen. Die europäischen Staaten müßten fest zusammenhalten und untereinander Abkommen treffen, die auf gegenseitiger Gleichheit begründet seien.

Unsoziale Mietgeheubung.

Die zu Ende gehende Woche fand in den wichtigsten Körperschaften des Reichs im Zeichen der Mietgeheubung. Es ist in höchstem Maße zu bedauern, daß die Erörterungen über diese so dringliche Frage bei der Fülle der innen- und außenpolitischen Probleme, die gerade jetzt zur Entscheidung drängen, nicht so recht zur Geltung kommen konnten, vor allen Dingen in den breiteren Volksschichten nicht die Beachtung fanden, die ihnen eigentlich zusteht. Handelt es sich doch bei der ganzen Mietgeheubung, die man gegenwärtig im Reichstag und im Reichswirtschaftsrat zu fördern sich bestrebt, um die Regelung von Angelegenheiten, die ihre Wurzel im kleinsten alltäglichen Alltag haben und die gelegentlich jedem einzelnen zu schaffen machen, oder noch zu denken geben werden. Wer mit dem Worte „Wohnungsnot“ nicht nur einen allgemeinen, vagen Begriff, sondern vielmehr auch praktische Erfahrungen am eigenen Leibe verbindet, der wird eine Vorstellung von der Unmenge von Schwierigkeiten, vielfältigen Aufgaben und von der Dringlichkeit des ganzen Fragenkomplexes haben, den es im Interesse der Allgemeinheit zu klären gilt. Man möchte diese letzten Worte weithin sichtbar unterstreichen, um auf diese Weise verhängnisvoll zu machen und zu betonen, worauf es bei der gesetzlichen Regelung der Miet- und Wohnungsangelegenheiten vornehmlich ankommt. Nicht eine einzelne Volksschicht, mag sie noch so breit und umfassend sein, nicht ein Stand, ein Beruf, eine Gemeinschaft hat im Vordergrund der Erwägungen zu stehen, sondern der Nutzen des gesamten deutschen Volkes bis in seine letzten Glieder hinein. Der kann nur verwirklicht werden, wenn es gelingt, in welchem Ausmaß die gegenwärtig anstrengenden Interessengruppen zu vereinigen, und sie von der Notwendigkeit von Opfern zu überzeugen. Nie und nimmer aber kann es erreicht werden, wenn dem einen Teile zumunsten des anderen die Lebensmöglichkeiten abgetrennt oder auch nur so beengt werden, daß sich selber eine tiefe Verbitterung bemächtigt.

Die beiden Interessengruppen, die sich in bedauerlicher Entfremdung gegenüberstehen, sind, wie hinlänglich bekannt, Vermieter und Mieter. Die Vermieter, soweit sie Grundbesitzer sind, haben den begründeten Wunsch, nach den verfallenen Jahren der Kriegs- und Nachkriegswirtschaft endlich wieder einmal an einer bescheidenen Restabilität ihrer in Grundbesitzwerten angelegten Kapitalien zu gelangen und in die Möglichkeit versetzt zu werden, ihren Besitz, dessen wertvermindernde Abnutzung sie in keiner Weise entgegenzutreten und abdecken konnten, vor dem völligen Ruin zu bewahren. Die Wünsche der breiten Masse der Mieter, wenn unter diesem Ausdruck hier auch einmal die kleinen mit verstanden werden dürfen, die irgendwann einmal Mieter, Wohnungsverwalter waren, die jetzt aber nur unglückliche Schar der Wohnungslosen gehören, sind nicht so leicht in wenigen Worten zu fassen. Ihr Verlangen geht natürlich fürs erste nach einer Wohnung überhaupt; sind sie im glücklichen Besitz einer solchen, dann handelt es sich um den preiswertesten für sie darum, daß diese Wohnung in bewohnbarem Zustande und daß sie nach Möglichkeit preiswert ist, ferner darum, daß sie auf tunsicht lange Zeit Inhaber dieser Wohnung abgeben? Sie gehörten in besseren Zeiten zu den einsichtlichen Selbstverständlichkeiten des Alltags. Heute wird natürlich jeder vernünftige Mieter ebenso wie jeder Hausbesitzer wissen, daß die rechtlose Erfüllung aller dieser Anforderungen so dringlich und berechtigt ist, wie im Augenblick ein Tint in der Unmöglichkeit ist. Die einfache und wirksame Lösung, Aufhebung der Zwangswirtschaft, Freilassung der Wohnungswirtschaft, ungeschmälerte Mietrechtsbildung, ist nun einmal nicht möglich, weil ihre wirtschaftlichen Folgen noch katastrophaler sein würden, als die Mitle und Unvernünftigkeiten des gegenwärtigen Zustandes. Die Ueberbelastung der Mieter würde zu einer unmittelbaren Verfallung der bereits heute unter Wirtschaftlichen so schwer beeinträchtigten Lohn- und Tarifkämpfe führen müssen, und die Hausbesitzer und Bauunternehmer würden bei aller Steigerung der Mieten doch niemals so viel herauswirtschaften können, daß für sie der notwendige Antrieb zu Neubauten gegeben wäre, besonders wenn ein erheblicher Teil der Bevölkerung, abgesehen durch die in freier Preisentwicklung gestiegenen Mieten für Neubauten, es vorziehen würde, die bisherigen Einschränkungen, die doch immerhin noch eine billige Erlöse gekannt, auch weiterhin zu ertragen. Die Rentabilität der in eine großartige Rentabilität gesteckten Kapitalien wäre also auch nach unmittelbarer Aufhebung der Zwangswirtschaft zum mindesten nicht bewiesen. So bleibt denn höchstens die Frage offen, wie man unter Vorsehung der arbeitslosen Hände über die allerdings nicht absehbare Zeit allgemeinen wirtschaftlichen Tiefstandes hinwegkommen kann.

Einen Versuch dieser Ueberbrückung sollten nach den Ausführungen der Regierungsdirektor die Entwürfe zum sogenannten Reichsmietengesetz und zum Gesetz über den Mieterbund und die Mietvermittlungsämter bilden, über die in der vergangenen Woche verhandelt wurde. Es kann sich hier nur darum handeln, wichtige Punkte dieser Gesetzesvorlagen auf ihr Verhältnis zu den obigen Bedenken hin zu prüfen. Eine umfassende und eindringliche Untersuchung, die jedes Für und Wider würdigt, würde angeblichfalls blickende Hände beanspruchen. Das Reichsmietengesetz oder besser: das Gesetz zur Regelung der Mietrechtsbildung läuft darauf hinaus, die Mietrechtsbildung den wirtschaftlichen Verhältnissen des Hausbesitzes anzupassen, ohne die Mieter allzu sehr zu schädigen, wie die Regierung im Reichstage betont hat. Dieses Ziel sollte man, der Vorlage nach, damit zu erreichen, daß man die Mieten voraussichtlich vom 1. Juli dieses Jahres an nach dem Richt-

Wohnungsfragen im Reichstag.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Vertrauen verdient, der für die Zeit nach dem 1. Juli 1917 vereinbart worden war. Von seiner Verbindlichkeit wird eine Summe, die damals für Betriebs- und Instandhaltungskosten für eventuelle Zusammenlegung und Warmwassererzeugung in Betracht kam, abgezogen und der zu enthaltenden Betrag als Grundrente betrachtet. Diese Grundrente wird nun wieder durch Zusammenlegung einer Reihe von Zuschlägen für Instandhaltung, Betriebskosten u. a. erhöht, deren Betrag nach dem heutigen Wert mit Hilfe der Mieteneinkommenssteuer festgestellt werden. In der aus diesen Faktoren sich ergebenden Gesamtsumme tritt ein vom Mieter zu entrichtender Hundertfuß der Grundrente, der von der obersten Landesbehörde zu erheben ist und der für die sogenannten großen Instandhaltungskosten in Frage kommen soll. Nach Anträgen der Reichstagsabgeordneten, des Senats, der Demokraten und der Unabhängigen, die vom Reichstage angenommen wurden, soll dieser Satz auf ein besonders eingerichtetes Bankkonto des Vermieters eingezahlt werden, über das ihm aber keine Verfügung über den Mieter sein Verfügungsbereich nicht. In schon anzunehmen, daß die zu erwerbenden Beträge der Gesamtsumme dem Grundstück nicht im engeren Sinne als nur lediglich angelegene Vermögensgegenstände gewährt werden, so bleibt es vollkommen unverständlich, warum man den Angehörigen das freie Verfügungsrecht über die Mittel zur „großen“ Instandhaltung ihres Besitzes entzieht und die Entscheidung darüber in einem wesentlichen Teile auf die Hände des Vermieters, der als Empfänger eines Grundstückes zwar Anrechnungen erheben kann, doch aber nicht mit dem Mieter des Mieters verfahren werden darf, so, die zu ihrem allergrößten Teile es darauf gar nicht ankommen hat, Anträge man vielleicht, die Grundstückseigentümer können aus den Dunderbüchern der schwachen Grundbesitzer, soweit sie für die großen Instandhaltungsarbeiten in Betracht kommen, übermäßige Erträge sammeln oder einen ungeordneten Mietsbrauch mit diesen Geldern treiben? Der angeblichen Anschaffung an die wirtschaftlichen Verhältnisse des Hausbesitzers wird mit dieser Regel geradezu ein Geschäft geschaffen, dessen ein für allemal die Ermöglichter ausginger Hausbesitzer würde, soweit es seine finanziellen Möglichkeiten an sich und ohne Grund die für Instandhaltungsarbeiten gesammelten Gelder ihrem Zwecke zuführen. Mit dieser Veranlassung oder besser: mit diesem Mietsverhältnis gegen die Hausbesitzer, wie es in dem vom Reichstage angenommenen Antrage zum Ausdruck kommt, wird dem Mieter die Möglichkeit gegeben, die geforderte Regelung der Miet- und Wohnungsverhältnisse vornehmen sollte, dem Ausbleiben der Vermieter und Mieter, ganz und gar nicht gebietet. Der ebenfalls übermäßige Vermieter, der eines Teiles keine selbständigen Verfügungsrechte hiermit befreit ist, wird alle Zeit verlieren, von sich aus diesen sogenannten Instandhaltungsarbeiten, die das muß man bedenken, in der nicht anderen, unmaßstäbliche Arbeiten durchzuführen, etwas zu tun. Der unmittelbare Schaden davon entfällt auf die Mieter, die zwar ein Mietswohnungsrecht, aber keine Verfügungsbefugnisse haben, daß die auch in ihrem Interesse stehenden Wohnungsverhältnisse durchzuführen werden können. Eine Sicherung der gegenwärtigen Wohnungsverhältnisse ist die Regel.

Nach weiter wird diese finanzielle Entlastung durch den Entwurf des Gesetzes über den Mietsvertrag gefördert. Gewiß ist es notwendig, den Mieter vor unberechneten Auswüchsen, vor willkürlichen Preissteigerungen zu schützen. Nun aber, wie es der Geist jenes Entwurfs vorliegt, gewissermaßen zum erblichen Anbeter einer mit amangenehmlich niedrig gehaltenen Miete zu behandelnden Wohnung zu machen, das geht denn doch selbst über die stärksten Hoffnungen und Wünsche des am schlimmsten gelagerten Mieters hinaus. Der Entwurf bestimmt mit seinem einleitenden Satze, daß eine Kündigung des Mietverhältnisses durch den Vermieter nicht stattdessen, weiter, daß die Familie mangelnder des Mieters, soweit sie zum Haushalt gehört haben, im Falle des Abbruchs des Mieters in die Rechte und Pflichten aus dem Mietverhältnis einrücken dürfen und endlich, daß der Mieter den Gebrauch des Mietraumes einem Dritten überlassen, insbesondere den Raum weitervermieten darf. Damit wird unter Ausschaltung des Hausbesitzers die Untervermietung zu einem extraordentlichen erblichen Geschäft, das sich seiner zu ergehen lassen wird, der davon unterrichtet ist, was von der Unmenge der materiell hilflosen Wohnungsuchenden begehrt zu werden pflegt. Der Markt für die minderbemittelten Wohnungsuchenden dagegen vermindert sich auf ein höchst unzulässiges Minimum. Ueber die selbstverständlichen Rechte des Hausbesitzers als Vermieter wird also auch hier lächelnd hinweggegangen. Ähnlich darf er seinem Mieter nun in ganz beliebigen Fällen und auch dann in die Kündigung nur vollziehbar, wenn er in der Lage ist, dem Mieter eine neue entsprechende Wohnung nachzuweisen. Wohin eine solche Suche, wenn die Vorliegen in dieser Artlichkeit Unzulänglichkeit wirklich gesehen werden, führen muß, ist ganz klar. Anstatt die Wohnungsflächen zwischen den Parteien unteilbar zu veräußern, werden sie verbreitert und nicht sozialer Geist, der Mieter und Vermieter in gleicher Weise zusammen kommen sollte, wird durch die Frage der Vorparagrafen zum Schaden des ganzen Volkes an fruchtbarer Wirtschaftlichkeit verhindert.

Neues Nachgeben in Streikmaßregelungsfrage?

„Anstehende“ Aufstellungen des Reichstages.
Berlin, 17. Febr. Der Vorstand der Reichstagsabgeordneten deutscher Eisenbahner verleiht folgende Mitteilung: Der erweiterte Vorstand der Reichstagsabgeordneten deutscher Eisenbahner und -arbeiter hat in zweitägiger Sitzung zu der aus der Reichstagsabgeordneten sich ergebenden Sachlage Stellung genommen, insbesondere zur Frage der Disziplinierungsmaßnahmen. Aus allen Ländern und Bezirksbezirken lagen Berichte vor über eine wachsende tiefgehende Erregung infolge der Massenmahnaktionen. Alle 17 Teilsachen waren einstimmig der Meinung, daß diese Maßnahmen im Widerspruch stehen zu den Verordnungen, die der Reichstagsabgeordnete der Reichstagsabgeordneten gegeben hat und die mit dem sofortigen Abbruch des Streiks betraut haben. Eine zur Klärung der Sachlage entandene Abordnung wurde vom Reichstagsabgeordneten im Reichstagsabgeordneten empfangen und erhielt Aufzeichnungen, die der erweiterte Vorstand der Reichstagsabgeordneten für ausreichend erachtet, um weiter beruhigend auf die Mitglieder wirken zu können. Der erweiterte Vorstand betrachtet die Aktion jedoch erst dann als abgeschlossen, wenn die Frage der Maßnahmen endlich erledigt ist. Im Gegensatz zu irreführenden Denunziationen wird festgestellt, daß sämtliche Beschlüsse des erweiterten Vorstandes einstimmig gefaßt worden sind. (S. T. B.)
Ueber die Gegenstände, die sich bei den Verhandlungen innerhalb des erweiterten Vorstandes der Reichstagsabgeordneten bemerkbar gemacht haben, meldet uns unsere Berliner Schriftleitung:
„Während des Streiks haben sich in der Reichstagsabgeordneten die Beziehungen zwischen der gemäßigten und der radikalen Richtung ganz erheblich verschärft. Die sachlichen Erörterungen haben auch unter dem Umstand gestanden, daß der größte Teil der Anwesenden — an den Beratungen nehmen etwa 150 Personen teil — eine disziplinarische Bestrafung zu erwarten haben, und so kam es, daß die Erörterungen sich vielfach weniger mit der gesamten Gemeinlichkeit, als vielmehr mit den Streitführern beschäftigten, die eine Dienstentlassung zu befürchten haben. Der Vorsitzende der Reichstagsabgeordneten Wenne hielt eine mehrstündige Rede über den Streik und die Haltung des Reichstagsabgeordneten beim Abbruch der Bewegung. Die Reichstagsabgeordneten haben keinen Grundrecht nachgegeben, sondern auf der Höhe ihrer Kraft den Streik abgebrochen, um zu verhindern, daß die Kommunisten die Bewegung zu ihren Gunsten ausnützen. Die Reichstagsabgeordneten haben den Streik nur abgebrochen, um der Regierung eine Alternative zu gemäßen.“

Berlin, 17. Febr. Abg. Demeter (D.-N.) wies in seinem Antrag zunächst darauf hin, daß von der Reichstagsabgeordneten die Höhe zu 170 Mf. für den Mieter angesetzt werde. Jegliche Garantie für die Wirtschaftlichkeit werde aber abgelehnt. In der Landwirtschaft herrsche wegen dieses Angebots große Erbitterung, weil man glaube, daß große Mengen Kleie durch nicht sachgemäße Behandlung bei der Reichstagsabgeordneten verderben würden. Man glaube, daß die Reichstagsabgeordneten hier alle Kleie anbieten, die sie feinerzellig für einen kleinen Bruchteil des von ihr jetzt gezahlten Kaufpreises erworben habe. Ein Regierungsabgeordneter entgegnete, daß es sich nicht um verdorbene Kleie handle, sondern um Weizen aus dem Jahre 1920/21. Die Kleie sollte nach amtlicher Verordnung zu Marktpreisen abgegeben werden, nur die Fracht sollte zu Lasten des Reiches gehen.
Es folgt dann die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs zur Abänderung des Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbauens.

Die Vorlage soll die Abgabe zur Förderung des Wohnungsbauens erhöht werden. Die Regierung schlägt vor, die Abgabe von 10 Proz. auf 50 Proz. der Mietentlastung zu erhöhen. Ein Antrag Dergi (D.-N.) forderte die Annahme des Gesetzesentwurfs und schlug die Annahme einer Entschädigung vor, daß die Förderung des Wohnungsbauens Sache der Länder sei. Der Reichstag dürfe daher keinen Zwang gegen die Länder ausüben. Die allmähliche Aufhebung der Zwangsverwaltung, verbunden mit Maßnahmen zur wesentlichen Verbesserung des Bauens, würden den einzulagernden Weg zur dauernden Förderung der Neubautätigkeit. Ein Regierungsabgeordneter erklärte, in der Frage, ob die gesamten Mittel zum Bau der neuen Wohnungen von den Mietern erhoben werden sollten, oder ob ein Teil durch Zuzüge beschafft werden sollte, habe das Gesetz einen Vorbehalt eingelegt.
Abg. Bazile (D.-N.): Man wird uns wahrscheinlich in kurzer Zeit zumuten, die Abgabe von 50 Prozent auf 100 und 200 Prozent zu erhöhen. Das Wohnungsproblem ist eine sehr ernste Frage. Eine gesunde Wohnung ist ein haushälterisches Moment. Die Vorwürfe gegen den Hausbesitzer sind unerbittlich. Die Bedürfnisse des Sozialismus müssen auch in dieses Gesetz eine Tendenz der Sozialisierung hineinbringen. Wir sind der Meinung, daß die Wege der Regierung zu einem vernünftigen Verzug zum das Problem der Wohnungsnot heranzuführen. Die politischen Schlogmittel, mit denen die Regierung das delirium tremens unserer Zeit zu befeuchten sucht, mögen auf kurze Zeit wohl den Irrtum einer Verbesserung erregen. Eine dauernde Wirkung bleibt ihnen aber verweigert. Die erste Ursache der Wohnungsnot war der Krieg, der die Produktivität lahm legte. Dazu kommt die falsche Wohnungspolitik der letzten drei Jahre, die schamlose Ausschüttung des Mietsunternehmens und die ekeligen Streiks. (Sehr wahr!)

Die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen ist die Ursache der völligen Stilllegung der Wohnungsbau-tätigkeit. Unbedingt erforderlich ist auch die Aufrecht-

erhaltung eines stabilen Marktes. Erst nach der Beilegung der Geldentwertung werden wir wieder zu normalen Verhältnissen kommen. Als letzte Ursache erkennen wir den Verfall des Vertrags und die Mängel unserer auswärtigen Politik, mangelnde Sparsamkeit unserer Behörden und endlich die verfehlte Wirtschaftspolitik. Es fragt sich: Können unsere öffentlichen Finanzen mit unserer Finanzwirtschaft die geplante Mehrbelastung ertragen? Dies ist zu verneinen. Das Gesetz ist aber auch deshalb unannehmbar, weil es unfazial ist. Ein Familienvater mit vielen Kindern wird dadurch mehr belastet als ein Mann mit wenigen oder gar keinem Kind.

Abg. Silberstein (Zos.) befreit, daß eine Verfassungsänderung vorliegt. Auch für die Zukunft möchten wir die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen beibehalten. — Abg. Tremmel (S.): Die Aufhebung der Zwangswirtschaft würde den Geldgeber auch nicht zur Vergabe von Kapital zum Wohnungsbau veranlassen. Das wäre eben eine zu unklare Kapitalanlage. Erste Voraussetzung einer Verbesserung und der Aufhebung der Zwangswirtschaft sei ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage. Um der Not der Bevölkerung zu wehren, würden unsere Bauarbeiter überdies auch über eine verlängerte Arbeitszeit mit sich reden lassen. — Abg. Rühm (Unabh.) erklärt, die Wohnungsnot habe ihre Ursache in der kapitalistischen Wirtschaft.

Das schwebende Gesetz brachte der Beratung des Gesetzes anschließend keine Aufmerksamkeit entgegen, da die Redner meist ihre Reden zum Reichstagsabend wiederholten. Am Ende hatten sich plaudernde Gruppen gebildet, deren Unterhaltung oft den Redner überdiente. Vizepräsident Nießer hat diese Gruppen daher ihre Konversation nicht zu laut zu führen, weil sonst der Eindruck eines vollbesetzten Saales entsteht. Nachdem noch die Abg. Oelbmann (Komm.), Behr (Dem.) und Haub (Nar., Sp.) gesprochen hatten, wurde die Weiterberatung auf Sonnabend 19 Uhr vertagt. Schluß 7 Uhr.

Kunstgegenstände als steuerbares Vermögen

Berlin, 17. Febr. Im Reichstagsabgeordneten für Steuerfragen wurde heute das Vermögensteuerer Gesetz beraten. Als steuerbares Vermögen sollen auch Gegenstände aus edlem Metall, Schmuck und Luxusgegenstände, sofern der Anschaffungspreis für den einzelnen Gegenstand 10000 Mf. und darüber betragen hat, gelten. Ferner Kunstgegenstände, Kunstsammlungen, sofern sie nach dem 1. Juli 1914 angeschafft sind und der Anschaffungspreis für den einzelnen Gegenstand 20000 Mf. und darüber betragen für mehrere gleichzeitig oder zusammengehörige Gegenstände 20000 Mf. und darüber betragen hat. Ein Antrag Dergi (D.-N.) auf Erhebung der ausdrücklichen Bestimmung über die steuerliche Bewertung von Erneuerungs-, Ausbesserungs- und ähnlichen Fonds wurde vom Ausschuss angenommen, nachdem der Regierungsabgeordnete erklärt hatte, daß die erforderliche Berücksichtigung der Rücklagen durch die in der Reichstagsabgeordneten vorgeschriebene Bewertung des Gesamtunternehmens erfolge.

Ein Dementi des französisch-russischen Abkommens.

Paris, 17. Febr. Die in der ausländischen Presse veröffentlichte Nachricht, wonach zwischen der französischen Regierung und Skoboleff Unterhandlungen stattgefunden hätten, wird in einer Dava-Meldung für unrichtig erklärt. Es sei nicht bekannt, daß Skoboleff einen offiziellen Auftrag zu erfüllen habe. Ebenfalls ist irgenb eine Unterredung zwischen ihm und einem amtlichen bevollmächtigten französischen Vertreter hat. (S. T. B.)

Angeblich nur Rote-Kreuz-Verhandlungen?

Paris, 17. Febr. „Echo National“ führt das Gerücht, es seien Verhandlungen zwischen der französischen Regierung und den Sowjets eingeleitet worden, um zu einem besonderen Abkommen zu gelangen, darauf zur, daß Krassin nach Paris kommen wollen, um ein Abkommen mit dem französischen Roten Kreuz, das in London getroffen worden sei, zu unterzeichnen. Dies sei ihm verweigert worden. (S. T. B.)

Englische Annahme des Vertrages mit Irland.

London, 17. Febr. Im Unterhause wurde die Vorlage über den Vertrag mit dem irischen Freistaat in allen ihren Teilen angenommen. Ein von den Abgeordneten für Ulster eingebrachter Änderungsantrag wurde mit 303 gegen 66 Stimmen abgelehnt. (S. T. B.)

Neue Wirren in Irland.

Adla, 17. Febr. Nach der „Cologne Post“ erschuldete Lord Birkenhead im Oberhause gestern Abend eine letzte Warnung an Irland, wobei er unter anderem sagte, in den nächsten Wochen mache England wahrscheinlich die schwerste und kritischste Periode durch. Lord Birkenhead gab bekannt, daß die britischen Truppen solange in Irland verbleiben werden, bis die Lage sich gefaßt habe. Ein Teil der Truppen des neuen Freistaates meutere bereits.

Die Weichsel unter polnischer Mißwirtschaft.

Niesiger Verkehrsdrückgang — Ungeheure Verminderung des Stroms.
Danzig, 17. Febr. Die „Danziger Sta.“ bringt in ihrer Schiffsverkehrsbeilage einen Artikel über die Bedeutung des Wasserstraßenverkehrs für den Danziger Hafen, in dem es u. a. heißt: Seit Übergabe der Verwaltung des größten Teiles der zur Danzig im Verhältnis zum entsprechenden Seeverkehr von 52 Prozent in der Vorkriegszeit auf 15 Prozent, d. h. noch etwas mehr als den zehnten Teil, zurückgegangen. Als Gesamtresultat der nunmehr schon dreijährigen polnischen Verwaltung der Weichsel und der mit ihr in Verbindung stehenden Wasserstraßen muß verzeichnet werden, daß die früher schon in russischen Zeiten mächtigsten amnützte Verwilderung der Weichsel heute durch die neu entstandenen Uferverwilderungen und Sandbänke, die sogar höher als nach Wonnaten, ja sogar nach jahrelanger Flut das Endziel Danzig erreichen lassen, geradezu als phantastisch und kaum als aublich bezeichnet werden müssen. Der Artikel schließt: Uns bleibt selber nicht weiter übrig, zu wünschen und zu hoffen, daß sich in der polnischen Regierung endlich geeignete Schritte ergreifen werden, die die langgeduldeten Verwilderungen in Bezug auf den Ausbau der Weichsel und den Kanal Danzig-Oberelben vermindern werden.

Eine russische Staatsbürgersteuer für die Hungernden.

Moskau, 17. Febr. Zur Hilfe für die Hungernden und zum Kampf gegen die Seuchen, sowie zur Bestreitung des Volkes der vom Staat unterhaltenen Kinder wird für 1922 in allen Teilen Sowjetrusslands, sowie in den zur Sowjetföderation gehörigen Republikellen eine allgemeine Staatsbürgersteuer von allen arbeitssfähigen Personen erhoben, und zwar von Männern von 17. bis 60. Lebensjahre und von Frauen von 17. bis 55. Lebensjahre. Von der Steuer befreit werden lediglich die Angehörigen der Roten Armee und der Wisa, die sich im aktiven Dienste befinden, die Schüler der staatlichen Unterrichtsanstalten, sowie Frauen, die mehr als ein Kind unter vierzehn Jahren zu erhalten haben, usw.

Die Redner mit gemäßigteren Auffassungen wandten sich gegen die Ausführungen und erklärten, daß solche Ausführungen nur als Phrasen bezeichnet werden könnten.

Wenn die Streikleitung wirklich noch auf der Höhe ihrer Macht gewesen wäre, so hätte sie niemals dulden dürfen, daß die Regierung überhaupt Maßnahmen vornehme. Gegenüber den Ausführungen des Vorsitzenden Wenne müßte festgestellt werden, daß in der Streikleitung Wirkkräfte und eine Anzahl Personen lägen, die den Streik, der ursprünglich wirtschaftliche Tendenzen hatte, auf das politische Gebiet zu schieben bemüht waren. Auch könne man vom Reichsverkehrsminister unumwunden verlangen, daß er erst die Disziplinierungsmaßnahmen, die bereits eingeleitet seien, rückgängig mache. Eine solche Maßnahme würde die Autorität der Regierung restlos untergraben. Sie würde die lebenden Beamten in den dortigen Bezirken ebenso wie den Minister selbst unendlich machen.

Hindenburg in Potsdam.

Berlin, 17. Febr. Generalfeldmarschall v. Hindenburg ist zum Feind des Dberhen v. Kersinski in Potsdam einetroffen. Vorher war er einige Tage Gast des Prinzen Cosar von Preußen.

Noch keine Behandlung der Reparationsfrage in der Kommission.

Paris, 17. Febr. Der „Tempo“ erklärt, die heute vormittag vom „Echo de Paris“ und vom „Peit Parisien“ verbreitete Nachricht, die Reparationskommission habe sich schon mit der Frage der deutschen Zahlungen für das Jahr 1922 beschäftigt, für unbearbeitet. (S. T. B.)
Berlin, 17. Febr. Die Abordnung der Reparationskommission, die unter Führung des belgischen Abg. Bommelmans vor einigen Tagen in Berlin eingetroffen ist, steht, wie das „E.“ erklärt, seitdem in hängigen Verhandlungen mit der Kriegslastkommission. Die Hauptaufgabe der Abordnung sei eine neuerliche Überprüfung der deutschen Wirtschaftslage, insbesondere mit Rücksicht auf die bevorstehende Entscheidung der Reparationskommission über Zahlungen und Sachlieferungen im Jahre 1922. Bei den Bemessungen sei auch die Frage einer Ausdehnung des Wiesbadener Abkommens auf Belgien zur Sprache gekommen, allerdings nur unverbindlich, da die Abordnung nicht speziell belgische Interessen vertritt.

Ein neuer französischer Propagandaeinsatz.

Paris, 17. Febr. Wie wir aus dem Genöe erfahren, beabsichtigt Frankreich, eine neue großartige Propaganda in die Wege zu setzen. Diese Propaganda soll vor allem in den neutralen Staaten veranlaßt werden, um dem französischen politischen und wirtschaftlichen Adern zum Siege zu verhelfen. Wie verläuft, sind für diesen Zweck viele Millionen Franken ausgeworfen worden.

Verbesserungen im englisch-belgischen Abkommen.

Einiger Drohbericht der „Dressd. Nachrichten“.
Paris, 17. Febr. Dem „Echo de Paris“ wird aus Brüssel gemeldet: Die Brüsseler Kommission für auswärtige Angelegenheiten hat eine Sitzung abgehalten, in der nach der „Nation Belgique“ folgendes beschlossen wurde: Die Minister gelangten zu einem Einverständnis über Verbesserungen in dem englisch-belgischen Abkommen. Vor allem wurde betont, daß es sich nicht um einen Garantievertrag, sondern um einen Telekovertrag handle. Die Änderungen im einzelnen betreffen darin: 1. daß die Dauer des Abkommens auf 50 Jahre beschränkt wird, 2. daß das Abkommen erst dann in Kraft tritt, wenn Belgien das Land eines von Deutschland her vorgeführten Angriffes, nicht aber infolge irgendeiner anderen Art des 3. daß die Rechte der Ueberwachen der äußeren belgischen Politik durch England ist auf das festgelegt. Die Änderungen betreffen ferner die ursprüngliche Vorlage bestimmt, daß Belgien nicht autorisiert ist, irgenb ein Abkommen zu schließen, das in irgendeiner Hinsicht dem englisch-belgischen Abkommen entgegensteht.

Der italienische Kredit für Oesterreich.

Wien, 17. Febr. Wie die amtliche Nachrichtenstelle von der Wiener Seite erklärt, wird die Höhe des italienischen Kredites nach den bisher vorliegenden Meldungen zum mindesten das Ausmaß des französischen Kredites erreichen. (S. T. B.)

Börsen- und Handelsteil.

Zu den geplanten Jollerhöhungen für Kaffee und Tee

Wird aus dem Reichsverband des Deutschen Ein- und Ausfuhrhandels...

Wenn auch durch das Steuerkompromiß die Jollerhöhungen für Kaffee und Tee...

400-Millionen-Vorschlag der Pfälzischen Bank. Aus Ludwigshafen wird gemeldet: In der Hauptversammlung...

Die Max-Land-der-Frag-Duxer Bahn. Die Frag-Duxer Bahn hat für den 4. März eine außerordentliche...

Sächsische Cartonagen-Maschinen-Aktiengesellschaft, Dresden. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der für den 18. März d. J. einzuberufenden...

Dresdner Keramische Industrie A.-G., Dresden. Diese neue Aktiengesellschaft, über deren am 19. Dezember v. J. erfolgten Gründung...

Alte Friedrich August-Hütte, Wintersee. Im Aufsichtsratsprotokoll über die zum Handel an der hiesigen Börse...

Aufsichtsrat der Duxer Bahn. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der Hauptversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals...

General-Strickwaren-Fabrik Gebr. Heister, A.-G. in Gera. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der auf den 18. März einzuberufenden...

Zwischen- und Kalkstein-Fabrik Göttingen. Die Gesellschaft erachtet im abgelaufenen Geschäftsjahre...

Aktiengesellschaft für die Eisenbahn von Naab & Vinthberg (Bayern). In der vorgetragenen Sitzung des Aufsichtsrats...

Februar Aktiengesellschaft in Rulmbach. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der auf den 22. März einzuberufenden...

64 Schiffbewegungen des Norddeutschen Lloyd. Bremen-Konstanz: Dampfer George Washington...

Wechselkurse im Freiverkehr am 17. Februar bis abends 6 Uhr.

Table with exchange rates for various locations including London, Paris, and others.

Dresdner Börsen-Freiverkehr vom 17. Februar.

Table with stock market data for Dresden, including various companies and their share prices.

Leipziger Kurse vom 17. Februar.

Table with stock market data for Leipzig, including various companies and their share prices.

Berliner Metallmarkt vom 17. Februar.

Table with metal market data for Berlin, including prices for various metals.

Dresdner Handelsregister. Eingetragen wurde: die Firma Friedrich Kura in Dresden...

Produktenpreise zu Dresden am 17. Februar.

Table with commodity prices for Dresden, including wheat, flour, and other goods.

Sächsische Bauernbank in Dresden.

Nach dem Bericht des Vorstandes scheint sich das Geschäftsjahr 1921 durch ein lebhaftes...

Preussische Central-Bankkredit-Aktiengesellschaft in Berlin.

In der Sitzung des Verwaltungsrates wurde beschlossen, die Hauptversammlung auf den 9. März einzuberufen...

Berliner Kurse vom 17. Februar 1922.

Table with Berlin stock market data, including various companies and their share prices.

Table with various stock market data, including companies like Siemens, AEG, and others.

Table with various stock market data, including companies like Deutsche Bank, Commerzbank, and others.

Vertical text on the right edge of the page, possibly a page number or date.

Familiennachrichten

Die Geburt eines kräftigen Knaben zeigen hoch erfreut an Hans Klotz und Frau Johanna geb. Kurza. Tölschitz, den 16. Februar 1922.

Gestern Abend verschied plötzlich und unerwartet mein innigstgeliebter Gatte, unser lieber guter Vater, der Möhlenbesitzer Herr Max Albin Berthold im Alter von 52 Jahren. Reichensau b. Kötzschütz, den 16. Febr. 1922.

Edeliche Familiennachrichten. Geboren: Reg. Rat Dr. med. Max Müller, Mehn. G. Geboren: Frau Hoffmann m. Gustav Walter Thomas.

Trauerhüte vom einfachsten bis vornehmsten. Krepp, Armfloze, Trauerschleier. Große Auswahl. Bekannt preiswert. Reise- und Übergangshüte in allen Ausführungen. Radeberger Huffabrik Dresden-A. f. 1913 B Moritzstr. 3

Brillanten Brillantohrringe, Serrenring mit groß. Stein, sowie echte Perlenkette oder Kettchen (10 gegen 10) zu kaufen gesucht. Gefl. Angebote unter U. P. 649 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Prospekt über Mk. 1000 000, neue voll dividendenberechtigte Aktien. 832 Stück über je M. 1200, Nr. 3583-4414 sowie 1 Stück über M. 1600, Nr. 4415 sowie Mk. 1500 000, neue Aktien mit halber Dividendenberechtigung für 1921/22. 1250 Stück über je M. 1200, Nr. 4416-5665 und Mk. 1500 000, zu 5%, verzinsliche, an erster Stelle hypothekarisch abgesicherte, mit 102% rückzahlbare Teilhaberschaften vom Jahre 1921. 1500 Stück über je M. 1000, Nr. 1-1500 der Aktiengesellschaft König Friedrich August-Hütte in Gittersee bei Dresden.

Die Aktiengesellschaft König Friedrich August-Hütte ist im Jahre 1921 gegründet. Ziel der Gesellschaft ist Gittersee bei Dresden. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung von Eisen, Eisenblech und anderen Eisenwaren sowie die Herstellung von Eisenbahnmaterialien.

Bilanz am 31. März 1921. Aktiva: Grundstücke und Gebäude 300 000, Zahlung am 1. April 1921 10 250, Zugang 440 21, 300 000. Passiva: Aktienkapital 300 000, Anleihe 104 900, Rücklage für nicht eingeleistete Teilschuldverpflichtungen 1 200 000, Rücklage für nicht eingeleistete Teilschuldverpflichtungen u. Prämie Reserverfonds 2 100, Reserverfonds 1 000 000, Darlehensverpflichtungen 75 000, Anleihe-Zinsen 60, Unerhobene Dividenden 2 070, Talonsverpflichtungen 41 262, Kreditoren 3 400 75, Übergangskonto 5 017, Rücklage für Löhne und Versicherungsbeiträge 149 226, Erneuerungsfonds für Werkverhaltung 328 378, Gewinn (inkl. 1919/20) 1 172 024, Vortrag aus 1919/20 285 491, 5 088 149, 70.

Die Bilanz am 31. März 1921 zeigt einen Gewinn von 1.172.024 Mark. Der Vortrag aus dem Vorjahr beträgt 285.491 Mark. Die Bilanzsumme beträgt 5.088.149 Mark.

Die Bilanz am 31. März 1921 zeigt einen Gewinn von 1.172.024 Mark. Der Vortrag aus dem Vorjahr beträgt 285.491 Mark. Die Bilanzsumme beträgt 5.088.149 Mark.

Die Bilanz am 31. März 1921 zeigt einen Gewinn von 1.172.024 Mark. Der Vortrag aus dem Vorjahr beträgt 285.491 Mark. Die Bilanzsumme beträgt 5.088.149 Mark.

Gewinn- und Verlust-Konto. Haben: Gewinn-Vortrag aus 1919/20 285 491,07, Fabrikations-Erlöse 3 114 558,54, Grundstücke-Wertung 2 112,81, 3 172 024,31. Soll: Kosten- und Materialaufwand 1 873 029,51, Abschreibungen 218 881,02, Talonsverpflichtungen 41 262,00, Zinsen und Zinsen-Zinsen 885 733,45, 3 172 024,31.

Die Bilanz am 31. März 1921 zeigt einen Gewinn von 1.172.024 Mark. Der Vortrag aus dem Vorjahr beträgt 285.491 Mark. Die Bilanzsumme beträgt 5.088.149 Mark.

Die Bilanz am 31. März 1921 zeigt einen Gewinn von 1.172.024 Mark. Der Vortrag aus dem Vorjahr beträgt 285.491 Mark. Die Bilanzsumme beträgt 5.088.149 Mark.

Die Bilanz am 31. März 1921 zeigt einen Gewinn von 1.172.024 Mark. Der Vortrag aus dem Vorjahr beträgt 285.491 Mark. Die Bilanzsumme beträgt 5.088.149 Mark.

Gemeinnütziger Verein (E. V.) zu Dresden-Plauen. General-Versammlung am 22. Februar 1922. Tagesordnung: 1. Bericht der Verwaltung über das abgelaufene Geschäftsjahr, 2. Bericht der Verwaltung über das abgelaufene Geschäftsjahr, 3. Bericht der Verwaltung über das abgelaufene Geschäftsjahr.

Emser Wasser gegen Katarrh, Husten u. S. W. Vertriebsstellen: A. Weisbach & Co., Zinsendorferstr. 2b, J. Tel. 27756.

Aluminium-Böden, Hermann Bräunlich, Klempnermeister, Streibergerstr. 12a.

Kopfschmerzmittel, Hugo Löffler, Marienstraße 44, Telefon Nr. 11000.

Bianos, Hugo Löffler, Marienstraße 44, Telefon Nr. 11000.

Metalbleifen, Hugo Löffler, Marienstraße 44, Telefon Nr. 11000.

Geldmarkt, Hugo Löffler, Marienstraße 44, Telefon Nr. 11000.

Grundstücke, Hugo Löffler, Marienstraße 44, Telefon Nr. 11000.

Villa geräumige Etage, Hugo Löffler, Marienstraße 44, Telefon Nr. 11000.

